

Der Streit um genmanipulierte Lebensmittel

Susanne Käss

In den letzten Monaten verging in Brasilien kaum ein Tag, an dem die Presse nicht über den Streit um genmanipulierte Lebensmittel berichtete. Dieser ist seit März 2003 wieder ganz aktuell, als der Vertrieb der genmanipulierten Sojaernte gestattet wurde. Soja spielt in der brasilianischen Wirtschaft eine große Rolle. Es ist seit 2002 das am meisten produzierte landwirtschaftliche Gut in Brasilien. Im Jahre 2002/03 wurden 52,5 Millionen Tonnen Soja produziert und die Sojapreise stiegen durchschnittlich um 13,4%. Es wird erwartet, dass Brasilien im Jahr 2004 Soja und Sojaprodukte im Wert von 9,4 Milliarden US-Dollar exportiert und damit den Export von 2003 um 12,4% übersteigt. Brasilien ist damit innerhalb weniger Jahre zum zweitwichtigsten Sojaproduzenten nach den USA avanciert.

Die Diskussion um genmanipulierte Lebensmittel begann in Brasilien 1985, als das Gesetz zur Biologischen Sicherheit (*Lei de Biossegurança*) erlassen wurde. Es wies einem einzigen Organ, nämlich der CTNBio (*Comissão Técnica Nacional de Biossegurança*; Nationale Technische Kommission der Biologischen Sicherheit) die Kompetenz zu, über die Sicherheit genmanipulierter Produkte zu urteilen. Doch dieser Gesetzesbeschluss führte zu Konflikten. Die Beschlussfassungsmacht der CTNBio wurde hinterfragt, da ein Artikel des Gesetzes dem Umweltministerium das Vorrecht auf wissenschaftliche Studien über die Auswirkungen der genmanipulierten Organismen auf die Umwelt vorbehält. 1999 gestattete die CTNBio erstmals die Pflanzung von genmanipuliertem Soja. Greenpeace und das Institut für Verbraucherschutz (*Instituto de Defesa do Consumidor*) leiteten juristische Schritte gegen das Gesetz ein. Letztendlich wurde dem Einspruch stattgegeben und der Vertrieb sowie die Pflanzung von neuem genmanipuliertem Soja wurde verboten.

Allerdings wurde damit der Streit nicht beigelegt. Brasilianische Landwirte schmuggelten genmanipulierte Sojasamen aus Argentinien und Paraguay ins Land. In diesen Ländern wird seit einigen Jahren fast ausschließlich genmanipuliertes Soja angebaut.

Vor allem im Süden Brasiliens, insbesondere im Bundesstaat Rio Grande do Sul, wurde illegal genmanipuliertes Soja gepflanzt. Anfang des Jahres 2003 übten Landwirte Druck auf die neue Regierung des Präsidenten Lula aus, die Kommerzialisierung der Ernte des genmanipulierten Soja zu gestatten. Damit stellten sie die Regierung vor eine schwere Entscheidung: entweder, man legalisierte

den Vertrieb der 9 Millionen Säcke genmanipulierten Sojas, oder man ließ sie verbrennen. Die zweite Entscheidung hätte die Regierung, die sich mit dem Programm "Null Hunger" (*Fome Zero*) dem Kampf gegen den Hunger verschrieben hat, wohl nur schwer rechtfertigen können. Die Regierung erließ im März 2003 die Provisorische Maßnahme (*Medida Provisória*) 113, die den Vertrieb des genmanipulierten Soja der Ernte 2003 gestattete, die Pflanzung und die Einfuhr der Samen des genmanipulierten Sojas jedoch weiterhin verbot. Damit begann ein Teufelskreis. Mitte des Jahres 2003 drängten die betroffenen Landwirte auf die Legalisierung der Pflanzung der genmanipulierten Sojasamen, die sie aus der Ernte Anfang des Jahres erhalten hatten. Die Regierung sah sich gezwungen, im September 2003 eine weitere Provisorische Maßnahme zu erlassen, die den Landwirten die Pflanzung der genmanipulierten Sojasamen gestattet; der Handel mit den Samen bleibt jedoch verboten. Allerdings ergibt sich hieraus ein Problem, denn das Sojakorn wird als Samen verwendet. Da der Vertrieb der Ernte im März 2003 gestattet wurde, kann das Korn legal transportiert werden und daher ist es extrem schwer, den Handel mit den Samen zu kontrollieren. Von den Landwirten, die bei dieser Gesetzeslage die genmanipulierten Samen pflanzen wollten, wurde die Unterzeichnung einer Selbstverpflichtung zur Verantwortung und Anpassung des Verhaltens verlangt (*TAC: Termo de Compromisso, Responsabilidade e Ajustamento de Conduta*).

Das Gesetz der Biologischen Sicherheit

Im Oktober 2003 legte die Regierung schließlich einen Neuentwurf für das "Gesetz der Biologischen Sicherheit" (*Lei de Biossegurança*) vor, das dem seit 1998 währenden Justizstreit ein Ende setzen soll. Dieser Entwurf sieht die Einschränkung der Befugnisse der *CTNBio* vor. Die Bestimmungsmacht über genmanipulierte Substanzen soll auf einen aus 12 Staatsministern bestehenden "Nationalen Rat der Biologischen Sicherheit" (*CNBS: Conselho Nacional de Biossegurança*) übertragen werden, der der Casa Civil (eine Art Ministerium, das für die politische Koordinierung der Regierung und die Beziehungen zwischen Bund und Ländern zuständig ist) unterstellt ist. Der *CTNBio* soll ein Vetorecht, aber keine Beschlussvollmacht vorbehalten werden. Außerdem soll sie mehr Mitglieder aus der Zivilgesellschaft bekommen. Das Gesetzesprojekt sieht bis zu drei Jahren Gefängnis für die unerlaubte Pflanzung oder den Vertrieb von genmanipulierten Pflanzen vor. Außerdem wird die Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Substanzen näher definiert, was besonders für den Vertrieb dieser Produkte auf dem europäischen Markt von Bedeutung ist. Schon seit April 2003 fordert ein Gesetzesdekret der Regierung die Etikettierung von Produkten, die mehr als ein Prozent genmanipulierter Substanzen enthalten. Bis jetzt wurde diese Forderung jedoch noch nicht erfüllt. Der Gesetzesentwurf wurde im Oktober zur Abstimmung in den Kongress weitergeleitet. Im Kongress und in der öffentlichen Diskussion wird dieser scharf kritisiert. Er verkompliziert den Entscheidungsprozess, da nun mehr Organe an der Entscheidung beteiligt seien. Es wird die Gefahr der Behinderung der Wissenschaft durch die Bürokratie gesehen.

Dem Gesetzesentwurf war ein langer Ministerstreit vorangegangen. Der Landwirtschaftsminister Roberto Rodrigues setzte sich für die Legalisierung genmanipulierten Sojas ein und wollte die Entscheidungskompetenzen über genmanipulierte Organismen bei der *CTNBio* sehen. Die Umweltministerin Marina Silva dagegen steht genmanipulierten Organismen sehr kritisch gegenüber, da die Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit noch nicht hinreichend vorhersehbar seien.

Die Meinungen über genmanipuliertes Soja divergieren in den verschiedenen Bundesstaaten. Schätzungen zufolge sind 80 % des in Rio Grande do Sul angebauten Sojas genmanipuliert und die Landwirte sprechen sich demzufolge für eine Legalisierung des Anbaus aus.

Der größte Protest gegen das genmanipulierte Soja kam aus dem Bundesstaat Paraná. Im Oktober 2003 wurde im Landesparlament von Paraná ein Gesetz verabschiedet, das Pflanzung, Verarbeitung, Vertrieb, Transport und Export von genmanipulierten Organismen mit Ausnahme zum Zweck wissenschaftlicher Studien auf dem Gebiet dieses Bundesstaates verbietet. Die Bundesstaaten Mato Grosso und Santa Catarina diskutieren ähnliche Gesetzesentwürfe. Auch im Bundesstaat Goiás sprechen sich viele Landwirte gegen genmanipuliertes Soja aus. Das in Paraná erlassene Gesetz führte schon zu internationalen Konflikten. Die Regierung Paraguays hat im Oktober eine formale Klage gegenüber der brasilianischen Regierung vorgebracht, weil sie ihr genmanipuliertes Soja nicht mehr wie gewohnt über den Hafen von Paranaguá in Paraná verschiffen konnte. Dadurch entstanden für die paraguayischen Landwirte Schäden von insgesamt schätzungsweise 35 Millionen US-Dollar. Auch mit den Bundesstaaten Mato Grosso, Mato Grosso do Sul und Rio Grande do Sul gab es ähnliche Konflikte: Über den Hafen von Paranaguá werden 25% des brasilianischen Sojas exportiert.

Das Oberste Bundesgericht (*Supremo Tribunal Federal*) hat am 3. Dezember einstimmig das in Paraná erlassene Gesetz suspendiert: Der Bundesstaat hätte nur dann ein Gesetz erlassen dürfen, falls keine bundesweiten Normen existiert hätten.

Vor- und Nachteile des genmanipulierten Sojas

Das in Brasilien angebaute genmanipulierte Soja heißt Roundup Ready, wurde von der US-Firma Monsanto entwickelt und ist nach dem Aufkeimen gegen das ebenfalls von der Monsanto vertriebene Herbizid Glifosat resistent. Die wissenschaftlichen Meinungen über die Sinnhaftigkeit des genmanipulierten Sojas sind jedoch sehr geteilt.

Der größte Vorteil Des Roundup Ready ist die Kostenersparnis von durchschnittlich 30 US-Dollar pro Hektar Anbaufläche aufgrund geringerer Herbizidnutzung. Der Kostenvorteil könnte langfristig jedoch verschwinden, indem sich Schädlinge entwickeln, die gegen Glifosat resistent sind.

Im Jahr 2000 erstellten die Royal Society of London und wissenschaftliche Institute aus Brasilien, China, Indien, Mexiko und den USA einen Bericht über genmanipulierte Organismen. Laut diesem Bericht können Lebensmittel durch die Gentechnik nährstoffreicher und stabiler gegen Schädlinge werden. Darin könnte eine Möglichkeit liegen, auch armen Bevölkerungsschichten den Zugang zu wichtigen Nährstoffen zu sichern.

Studien besagen, dass die Gefahr der Übertragung von genmanipulierten Samen durch Pollenflug auf andere Felder sehr gering ist und dass die Produktivität durch genmanipuliertes Soja gesteigert wird. Diese Studien wurden allerdings im Auftrag der Monsanto durchgeführt. Die Landwirte, die Roundup Ready anbauen, müssen der Monsanto "royalties" bezahlen.

Vergleiche der Soja anbauenden Länder stellen die hohe Produktivität genmanipulierten Sojas stark in Frage. In den USA ist ca. 80% des angebauten Sojas genmanipuliert. Die Produktivität ist seit 1996 im Schnitt um 0,04% pro Jahr gesunken. Die brasilianische Produktivität des konventionellen Sojas wächst hingegen im Schnitt 2% pro Jahr und übersteigt seit 2001 die amerikanische (Daten der FAO). Auch in Argentinien, das seit einigen Jahren fast ausschließlich genmanipuliertes Soja anbaut, ist schon ein Verlust der Produktivität festzustellen. Wissenschaftler vermuten, dass die Wurzeln des mit

Glifosat behandelten Roundup Ready anfälliger für Pilze sind und dass langfristig die Immunkapazität und damit auch die Produktivität dieser Pflanzen sinken könnte.

Die Landwirte erhoffen sich durch die Reduktion der Produktionskosten höhere Gewinne. Nach Meinung der Wirtschaftswissenschaftlerin der Universität von São Paulo, Vânia Di Addario Guimarães (Folha de São Paulo vom 5. Oktober 2003), geht diese Rechnung nicht auf: Die Landwirtschaft sei ein Sektor der vollkommenen Konkurrenz, indem technische Innovationen langfristig die Preise senken. Je mehr genmanipuliertes Soja angebaut wird, desto schneller sinken die Preise. Ihrer Meinung nach hat Brasilien einen wirtschaftlichen Vorteil durch den Anbau konventionellen Sojas. 70% des brasilianischen Sojas wird nach Europa und nach Japan exportiert. In diesen Regionen wird konventionelles Soja bevorzugt und auch mehr dafür bezahlt.

Vielseitige Probleme und Unklarheiten

Der Konflikt um das genmanipulierte Soja in Brasilien wird von der ganzen Welt begleitet wegen der großen Bedeutung des Landes auf dem Weltmarkt als Sojaanbieter. Aufgrund der sehr verschiedenen Einstellungen zum Thema kann wohl kaum eine Lösung gefunden werden, die alle zufrieden stellt; es kann sich also nur um einen trade-off handeln. Die Diskussion wird teilweise sehr polemisch geführt. Wang Jinli, Präsident der Firma Chinatex, die eine Million Tonnen genmanipuliertes Soja aus Rio Grande do Sul gekauft hat, sagte, dass 30% der Chinesen an Hunger sterben würden, falls der Vertrieb genmanipulierten Sojas verboten würde (Folha de São Paulo vom 31. Oktober 2003).

Auch die politische Wandlung des Präsidenten Lula wurde in den Medien diskutiert. Am 30. Juli 2001 sprach er sich in einem Interview mit einer NGO aus dem Umweltschutzbereich noch vehement gegen genmanipuliertes Soja aus: Er sei radikal gegen die Liberalisierung von genmanipulierten Organismen und halte es für einen Rückschritt, wenn eine Regierung eine solche Liberalisierung durchführe. Es sei eine Schande, dass sich die politische Elite Brasiliens wieder einmal einem multinationalen Konzern unterwerfe (Folha de São Paulo vom 19. Oktober 2003).

Die Diskussion um genmanipulierte Organismen wird in Brasilien auf den verschiedensten Ebenen geführt. So hat die Abgeordnetenkammer z.B. eine Subkommission eingerichtet, die parallel zur Debatte um den Gesetzesentwurf die Auswirkungen des Anbaus genmanipulierter Pflanzen auf Umwelt und Gesundheit prüfen soll.

Die Diskussion um die genmanipulierten Lebensmittel ist noch lange nicht beendet. Zu viele Unklarheiten müssen noch beseitigt werden. Bis zum Ende der Frist zur Unterzeichnung des *Termo de Compromisso, Responsabilidade e Ajustamento de Conduta* am 9. Dezember 2003 hatten sich nur 30.000 Landwirte in die Listen eingetragen. Die Anzahl der Landwirte, die wirklich genmanipuliertes Soja anbauen, überschreitet diese Zahl um ein Vielfaches. Was soll mit dem genmanipulierten Soja der Landwirte geschehen, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben? Die Landwirtschaftsministerien der Bundesstaaten verfügen nicht über ausreichende Kontrollmöglichkeiten. In Rio Grande do Sul gibt es beispielsweise nur 2.700 potentielle Kontrolleure, jedoch 150.000 Ländereien, die kontrolliert werden müssten.

Weiterhin protestieren Umweltschutzorganisationen und das Institut für Verbraucherschutz gegen die Verwendung von Glifosat. Glifosat ist ein besonders aggressives Herbizid. Es wird zum Beispiel in Kolumbien im Rahmen des *Plan Colombia* bei Besprühungen von Flugzeugen aus zur Zerstörung der Kokafelder eingesetzt.

Glifosat wurde Anfang November 2003 vom Technischen Komitee zur Beratung über Pflanzengifte (*Comitê Técnico de Assessoramento para Agrotóxicos*) aufgrund des enthaltenen Pflanzengiftes verboten. Es sind also schon jetzt Proteste von Gesundheits- und Umweltbehörden aufgrund der Nutzung von Glifosat vorherzusehen.

Manche Gegner der Genmanipulation schrecken vor gewaltsamen Protesten nicht zurück. Am 8. November 2003 wurde bei einem Brandanschlag das Biotechnologische Zentrum der *Universidade Federal do Rio Grande do Sul* in Porto Alegre zerstört. Die *Universidade Federal de Santa Maria* hat Branddrohungen erhalten, falls die Versuche der Genmanipulation mit Quallen und Fliegen in den Laboren der Universität nicht sofort eingestellt würden.

Die Regierung hat am 26. Dezember 2003 das Symbol für die Kennzeichnung genmanipulierter Lebensmittel festgelegt: Ein großes "T" (für "transgênico") in der Mitte eines gleichseitigen Dreiecks. Die Seiten des Dreiecks und der Buchstabe müssen schwarz sein. Alle genetisch veränderten für menschlichen oder tierischen Konsum bestimmten Produkte müssen gekennzeichnet werden. Um das Zeichen herum muss Platz freigelassen werden um sicher zu gehen, dass der Konsument das Zeichen visualisiert. Schon in 2 Monaten soll die Kennzeichnungspflicht gelten.

In der ersten Januarwoche 2004 hat die Regierung ein Dekret erlassen, um die Genforschung zu erleichtern. Dieses Dekret soll Fehler einer 2001 erlassenen Provisorischen Maßnahme mit Regeln über den Zugang zu genetischem Material korrigieren. Die Provisorische Maßnahme sollte der Biopiraterie vorbeugen, hemmte letztendlich jedoch die Forschung. Das Dekret soll die Forschung durch schnellere Genehmigungen von Genforschungsprojekten und die Erleichterung des Zugangs zu genetischem Material erleichtern.

Über den Gesetzesentwurf des *Lei de Biossegurança* ist im Kongress noch nicht abgestimmt worden. Der Landwirtschaftsminister Roberto Rodrigues hält eine Abstimmung vor April 2004 für unerlässlich. Im April beginnt der Vertrieb des neuen genmanipulierten Sojas. Sollte bis dahin keine definitive Regelung gefunden werden, wird sich die Regierung Lula wieder in der gleichen Zwickmühle sehen wie im März und im September 2003. Was dann? Eine neue Provisorische Maßnahme? Der Teufelskreis wird so nicht zu durchbrechen sein.